

# NZZ am Sonntag

## Deutschland

### Der grossen Koalition fehlt der Mut zum Aufhören

Union und SPD in Deutschland wollen nun ihren Koalitionsvertrag erneuern und offenbar bis zum Ende der Legislaturperiode 2021 weiterregieren. Man ist verleitet zu kalauern: wegen besonders grossen Erfolgs. Denn wer will ernsthaft noch diese in Umfragen auf mittlere Grösse geschrumpfte Koalition der Müden und Beladenen wirken sehen? Bei den Wählern hat sie keine Mehrheit mehr. Auch vielen Abgeordneten und Funktionären der Regierungsparteien, die nicht das Privileg haben, ein Ministeramt zu führen, ist längst die Lust an dieser aus der Not geborenen Koalition vergangen. Beim Fussball weiss man: Die Halbzeit ist ein kritischer Moment. In der Kabine kann der Trainer eine schwächelnde Mannschaft noch zum Sieg in der zweiten Spielhälfte motivieren. Wer erwartet das von Angela Merkel? Die Bundeskanzlerin sieht ihre Macht mit jedem Tag schwinden. Grosse Würfe gelingen dieser Regierung nicht mehr, wie sich zuletzt am allseits kritisierten Klimaschutzgesetz zeigte. Jetzt Beratungen über ein Programm für die zweite Halbzeit zu beginnen, heisst, Zeit zu schinden. Was der grossen Koalition fehlt, ist der Mut zum Aufhören. Die Deutschen brauchen eine neue Regierung. Weiterwursteln bis zu den Bundestagswahlen im Herbst 2021 wäre eine Zumutung für Deutschland und für Europa. *Markus Bernath*

## Fall Postauto

### Die Politik muss klären, was sie von Post und SBB will

Als Ausrede soll es nicht gelten. Im Skandal um falsche Verbuchungen wurde bei Postauto gezielt betrogen, hier gehört dem Richter das letzte Wort. Und doch ist auch zu beachten, was systemisch hinter dem Skandal steht und was diese Woche nun auch die Geschäftsprüfer des Ständerates kritisiert haben: Die Zuständigen standen vor einem kaum lösbaren Zielkonflikt. Sie waren gehalten, Rendite zu erzielen, durften aber mit den Postautos im Regionalverkehr keine Gewinne machen. Dieser Konflikt wiederum führt direkt zur heiklen Rolle des Staates bei Post, SBB und Co.: Dieser gibt die politischen Ziele vor, ist gleichzeitig aber auch Eigentümer, Kunde und Aufseher. Und das führt zu Widersprüchen, weit über Postauto hinaus. Bei der Bahn etwa hat der Bund die Nutzergebühren erst erhöht, um mehr Einnahmen zu generieren, danach begrenzt, um die Gewinne zu limitieren, und nun will er sie wieder senken, um mehr Verkehr auf die Schiene zu verlagern. Die Post derweil muss ein unrentables Filialnetz unterhalten und trotzdem jährlich Dividenden liefern. Ganz beseitigen lassen sich solche Zielkonflikte nie. Umso wichtiger wäre es, dass die Politik sie klar erkennt und benennt - und besser überlegt, wie sie damit umgeht. *Daniel Friedli*

## Raiffeisen

### Mehr Macht für die Basis

Der Zweck einer Genossenschaft ist die solidarische Selbsthilfe. «Was einer nicht allein schafft, das schaffen viele», lautete das Credo des Gründers Friedrich Wilhelm Raiffeisen. Doch der Skandal um den selbstherrlichen früheren Chef Pierin Vincenz offenbarte, wie weit sich die Bank von ihren Wurzeln entfernt hatte. Nun hat die Delegiertenversammlung einen ersten Schritt getan, um diese Fehlentwicklung zu korrigieren: Die Zentrale muss Macht abgeben, dafür wird die Basis gestärkt. Zwar ist Raiffeisen mittlerweile die grösste Hypothekarbank der Schweiz, aber ihr Leitmotiv bleibt die genossenschaftliche Selbsthilfe: Nur wenn sie diesen Werten treu bleibt, kann sich Raiffeisen auch künftig gegen die anderen Banken behaupten. *Albert Steck*

## Der externe Standpunkt

# So kann die Schweizer Politik das Weltklima beeinflussen

Die Emission von CO<sub>2</sub> darf nicht zu viel und nicht zu wenig kosten, alle anderen Steuern müssten sinken. Damit würde die Schweiz zu einem Vorbild, **finden Reiner Eichenberger und David Stadelmann**

Die kleine Schweiz kann das Weltklima nur beeinflussen, wenn ihre Politik vielen anderen Ländern als Vorbild dient. Vorbild wird aber nur, wer einen für viele andere Länder realistischen Weg zu einem wirksamen Klimaschutz aufzeigt. So ein Weg muss finanzierbar und daher effizient sein.

Für effizienten Klimaschutz braucht es zwingend Kostenwahrheit. Die Verursacher von Klimaschäden müssen für die Schäden aufkommen. Das gibt allen Emissionsverursachern wirksame Anreize, das Klima zu schonen und Technologien zur Minderung der Emissionen zu entwickeln. Um den richtigen CO<sub>2</sub>-Preis zu finden, müssen die Kosten und Nutzen des zukünftigen Klimawandels mit den Kosten und Nutzen von Massnahmen zu dessen Eindämmung verglichen werden. Diese Arbeit ist längst geleistet. Sie ist Teil der Weltklimaberichte, und William Nordhaus wurde dafür mit dem Nobelpreis ausgezeichnet.

Darauf aufbauend empfiehlt eine Gruppe von über 3500 Ökonomen und 27 Nobelpreisträgern - ähnlich wie der Internationale Währungsfonds - eine Abgabe von heute 40 Dollar pro Tonne CO<sub>2</sub>, die kontinuierlich angehoben werden soll. Dieser Wert reflektiert die erwarteten Kosten der Erderwärmung pro Tonne von Treibhausgasemissionen. Die Einnahmen durch die Abgabe sollen über echte Entlastungen zurück an die Bürger fliessen. Zu hohe Preise oder über den richtigen Preis hinausgehende Regulierungen sind genauso schädlich wie zu tiefe Preise. Letztere bringen eine übermässige Belastung des zukünftigen Klimas und der zukünftigen Bürger, Erstere bringen eine übermässige Belastung heutiger Bürger. Das wiederum schadet auch den zukünftigen Generationen, insbesondere weil es Realinvestitionen für die Zukunft verhindert.

Übertragen auf die Schweiz bedeutet der ökonomische Ansatz, dass eine Abgabe von rund 40 Franken pro Tonne CO<sub>2</sub> eingeführt werden sollte. Die Abgabe müsste ohne Aus-

nahmen für alle Verursacher gelten. Bei den heutigen Schweizer Gesamtemissionen von knapp 40 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> würde eine derartige Abgabe jährlich etwa 1,5 Milliarden Franken einbringen, was knapp einem halben Mehrwertsteuerprozent entspricht. Mit einer solchen allgemeinen Abgabe können die heutigen Regulierungen, Abgaben und Subventionen gossenteils abgeschafft werden. Wenn als Kompensation noch andere Steuern gesenkt werden, ist eine derartige Abgabe nicht nur effizient und das Beste für das Klima, sondern auch für die Bürger gut tragbar.

Echte Klimavorbilder sollten dieser Empfehlung folgen. Wer mehr tut und für andere Länder völlig unrealistische und teure Massnahmen verfolgt, wird niemals zum Vorbild. Zwar könnte die Schweiz als reiches Land mit einer CO<sub>2</sub>-Abgabe von über 100, ja sogar 200 Franken pro Tonne und damit mit Kosten rund 4 bis 8 Milliarden Franken leben. Das wäre aber mit negativen Auswirkungen

durch Produktionsverlagerungen in Länder ohne solche Abgaben verbunden. Ohne substantielle Reduktionen von CO<sub>2</sub> durch China, die Vereinigten Staaten, Indien und Russland, die zusammen über 50 Prozent der Weltmissionen ausmachen, wird der Klimawandel jedoch voranschreiten - unabhängig davon, was hierzulande passiert.

Für echten Klimaschutz ist es daher zentral, dass die Schweiz ein Vorbild ist, das imitiert werden kann. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen von China sind bei über 7 Tonnen pro Kopf. Bei 200 Franken pro Tonne müssten die Chinesen über 15 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für die Reduktion von CO<sub>2</sub> aufbringen, und für Indien wären es fast 20 Prozent. Das ist bedeutend mehr, als beispielsweise für Bildung ausgegeben wird. Ein Preis von 200 Franken pro Tonne ist deshalb nicht nur für diese Länder völlig unrealistisch. Besonders teure Massnahmen entfalten keine Vorbildwirkung. Vielmehr wirken sie abschreckend.

Der hier vertretenen effizienten und vorbildlichen Klimapolitik wird Widerstand entgegenschlagen - von zwei Seiten: Manche finden die vorgeschlagene Abgabe von rund 40 Franken pro Tonne zu hoch. Angesichts der Gesamtbelastung ist diese Angst unbegründet, erst recht, weil ja andere Steuern gesenkt werden. Andere behaupten, die Klimasteuer allein wirke nicht und kompensierende Steuersenkungen seien falsch. Gerade diese Bedenken zeigen, wie richtig unser Vorschlag ist. Denn viele vertreten diese Position, weil sie das Klimaproblem als Vorwand für Umverteilung und Subventionen für ihre eigenen Klientel nutzen wollen. Ihr Verhalten erklärt einen Teil des Widerstandes vieler Bürger gegen Klimapolitik. Diese befürchten, dass am Schluss sie die Rechnung zahlen und die Wirkung klein ist. Gerade deshalb ist es so wichtig, dass die Schweiz als Vorbild für eine effiziente Klimapolitik dient, in der die Ansprüche von Lobbys und Parteiinteressen hinstehen.

## Reiner Eichenberger und David Stadelmann



Reiner Eichenberger



David Stadelmann

**Reiner Eichenberger, 58**, ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Uni Freiburg und Forschungsdirektor von Crema (Center for Research in Economics, Management and the Arts).

**David Stadelmann, 37**, ist Professor für Volkswirtschaft an der Universität Bayreuth sowie Forschungsmittglied bei Crema.